

200 europäische Rechtsgelehrte bekräftigen das Recht auf BDS

15.12.2016

Categories: Angriffe gegen BDS, BDS-Argumente



Kurz vor dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember haben rund 200 Rechtsgelehrte aus 15 europäischen Ländern, inklusive der Schweiz, eine Erklärung verabschiedet, die sich für die Rechte der PalästinenserInnen einsetzt und die Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für PalästinenserInnen fordernde Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) als rechtmässige Ausübung der Meinungsfreiheit anerkennt.

Unter den europäischen und Schweizer Unterzeichnenden befinden sich zahlreiche renommierte Rechtsgelehrte, darunter der südafrikanische Jurist **John Dugard**, der für den Internationalen Gerichtshof tätig war, der britische Kronanwalt Sir **Geoffrey Bindman**, **José Antonio Martín Pallín**, früherer Richter am Obersten Gericht Spaniens, **Guy Goodwin-Gill**, ehemaliger Rechtsberater im Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge; **Eric David**, ehemaliger Rechtsberater für den Europarat und die belgische Regierung, **Robert Kolb**, ehemaliger Rechtsberater für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, sowie **Marco Sassòli**, ehemaliger stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des IKRK.

Die europäischen Rechtsgelehrten verteidigen in der Erklärung das Recht, mittels Boykott, Desinvestition und Sanktionen Druck auf Israel auszuüben, bis es seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt, die Besetzung palästinensischer und syrischer Gebiete beendet, die systematische Diskriminierung der PalästinenserInnen in den besetzten palästinensischen Gebieten und in Israel einstellt sowie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zulässt.

„Staaten, die BDS verbieten, untergraben das grundlegende Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und bedrohen die Glaubwürdigkeit der Menschenrechte, indem sie ein spezifisches Land davor in Schutz nehmen, durch friedliche Massnahmen auf die Einhaltung des Völkerrechts behaftet zu werden.“

Robert Kolb, der als Rechtsberater für das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten

EDA tätig war, meint dazu:

„Das Recht von BürgerInnen, sich für BDS einzusetzen, ist wesentlicher Bestandteil der Grundrechte, die durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte geschützt werden.“

Die wegweisende Erklärung wurde vom nationalen palästinensischen BDS-Ausschuss (BNC), dem breitesten Bündnis der palästinensischen Zivilgesellschaft und führendem Organ der BDS-Bewegung, begrüsst. **Ingrid Jaradat** erklärt im Namen des BNC:

„Dies ist ein entscheidender Moment im Widerstand gegen die offenkundig repressive Kriegsführung Israels auf juristischer Ebene gegen die BDS-Bewegung. Führende europäische Rechtsgelehrte haben bestätigt, dass es ein völkerrechtlich verbrieftes Recht von BürgerInnen Europas und der ganzen Welt ist, sich für die Durchsetzung der palästinensischen Rechte einzusetzen. Die verzweifelten Versuche Israels, die BDS-Bewegung zu kriminalisieren und ihre UnterstützerInnen auf rechtllichem Weg zum Schweigen zu bringen, stellen gemäss Erklärung der JuristInnen eine Bedrohung der demokratischen Freiheiten dar. Die französische und die britische Regierung stehen durch ihre Unterstützung der antidemokratischen Repressionsmassnahmen gegen BDS isolierter da denn je. Neben der entschiedenen Verteidigung des Rechts auf BDS durch die europäischen Rechtsgelehrten haben sich bereits die EU, die Regierungen Schwedens, der Niederlande und Irlands sowie Hunderte europäische Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen unmissverständlich hinter das Bürgerrecht gestellt, sich an einem Boykott gegen den israelischen Staat zu beteiligen.“

Riya Hassan, europäische Kampagnenkoordinatorin für den BNC, fügte an:

„Die BDS-Bewegung ist in den vergangenen Jahren in Europa enorm gewachsen. Einen wesentlichen Anteil an der wachsenden Unterstützung hat die Empörung der Menschen über die Straflosigkeit, die Israel trotz anhaltendem Besatzungsregime, Siedlungskolonialismus und Apartheid, unter denen die einheimische palästinensische Bevölkerung leidet, genießt.“

„Diese wichtige Erklärung europäischer Rechtsgelehrter bestätigt nicht nur MenschenrechtsverteidigerInnen in ihrer Beurteilung, dass BDS durch die Meinungsfreiheit geschützt ist. Sie wird zweifellos auch europäischen BDS-Netzwerken und BürgerInnen zusätzlichen juristischen Schutz gewähren in ihren Bemühungen, die Mitverantwortung und Unterstützung Europas für die unterdrückerische Politik Israels, insbesondere im Bereich der militärischen Zusammenarbeit und Forschung, des Bankwesens und die Beteiligung von Unternehmen an Völkerrechtsverletzungen zu beenden.“

Der englische Originaltext der Erklärung und weitere Übersetzungen sind auf der [Webseite von BNC](#) zu finden.

Erklärung von Rechtsgelehrten gegen Massnahmen von einigen Regierung zur Ächtung der BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestition, Sanktionen) für palästinensische Menschenrechte

Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) ist eine von der palästinensischen Zivilgesellschaft geführte weltweite, friedliche Bewegung. Sie übt Druck auf Israel aus, bis der Staat seinen Verpflichtungen gemäss dem internationalen humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten, wie in zahlreichen UN-

Resolutionen gefordert, nachkommt: Israel soll die Besetzung palästinensischer und syrischer Gebiete beenden, die systematische Diskriminierung der Palästinenser_innen im besetzten palästinensischen Gebiet und in Israel selbst einstellen sowie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zulassen.

Nach dem Vorbild der Anti-Apartheid-Bewegung, die die Zivilgesellschaft gegen die Apartheid in Südafrika mobilisierte, wurde die BDS-Bewegung zu einer starken und wirksamen weltweiten Bewegung. Sie setzt sich für Massnahmen ein, die Israel zwingen, das Völkerrecht zu respektieren und andere Staaten und Unternehmen überzeugen, Israel jegliche Unterstützung seiner Völkerrechtsverletzungen zu verweigern.

Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft im Interesse der Menschenrechte, wie bei der Kampagne gegen die Apartheid in Südafrika und die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten, ist von ausländischen Regierungen nicht behindert worden. Die Wirksamkeit von BDS hat jedoch nicht nur Israel, sondern auch einige andere Staaten veranlasst, Massnahmen zur Unterdrückung dieser Bewegung zu ergreifen.

Frankreich, Grossbritannien, Kanada und die Parlamente einiger US-Bundesstaaten haben Gesetze erlassen und Exekutivmassnahmen ergriffen, um BDS zu unterdrücken, zu verbieten und in einigen Fällen das Eintreten für BDS zu kriminalisieren. Diese Massnahmen zielen darauf ab, Einzelpersonen, Unternehmen sowie private und öffentliche Institutionen, die ethisch und rechtlich verantwortliche Geschäfts-, Investitions- und Beschaffungsentscheidungen treffen, zu bestrafen.

Andere Staaten, insbesondere Schweden, die Niederlande und Irland vertreten – wenngleich sie einen Boykott gegen Israel nicht befürworten – dennoch die Position, dass das Eintreten für BDS eine rechtmässige Ausübung der Meinungsfreiheit darstellt, einer hoch geschätzten Freiheit, die sowohl im nationalen Recht als auch in den internationalen Menschenrechtskonventionen verankert ist. Namhafte Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH) und Human Rights Watch vertreten ebenfalls die Position, dass Einzelpersonen, Verbände, öffentliche und private Einrichtungen sowie lokale Regierungen und Unternehmen berechtigt sind, BDS als Ausübung der Meinungsfreiheit zu befürworten und zu implementieren.

Staaten und Organisationen, die BDS als rechtmässige Ausübung der Meinungsfreiheit sehen, verhalten sich korrekt. Dabei geht es nicht darum, ob jemand die Ziele oder Methoden von BDS billigt. Die Frage ist, ob, um Israel zu schützen, eine Ausnahme im Hinblick auf die Meinungsfreiheit gemacht werden soll, die einen zentralen und entscheidenden Platz unter den grundlegenden Menschenrechten einnimmt. Staaten, die BDS verbieten, untergraben das grundlegende Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und bedrohen die Glaubwürdigkeit der Menschenrechte, indem sie ein spezifisches Land davor in Schutz nehmen, durch friedliche Massnahmen auf die Einhaltung des Völkerrechts behaftet zu werden.

Unterzeichnende

SCHWEIZ

Prof. Robert Kolb, Université de Genève

Prof. Marco Sassòli, Université de Genève

Prof. Stefan Trechsel, Emeritus, Universität Zürich; Bern

Prof. Regula Kägi-Diener, Anwältin, Universität St. Gallen

Prof. em. Dr. Wolf Linder, Politikwissenschaftler und Jurist, Bern

Dr. h .c. Marco Mona, Anwalt, Zürich

Dr. Tom Moerenhout, Graduate Institute of International Development Studies, Genève

Markus Bischoff, Anwalt, Kantonsrat Zürich

Jürg Meyer, Jurist; Grossrat Basel-Stadt

Robert Cramer, avocat, Conseiller aux Etats, Genève

Nils de Dardel, avocat, ancien conseiller national, Genève

Marcel Bosonnet, Anwalt, Zürich

Romolo Molo, avocat, Genève

Jean-Michel Dolivo, avocat, Lausanne

Pierre Bayenet, avocat, Genève

Hüsni Yilmaz, avocat; co-président des Juristes Progressistes Vaudois

Beat Leuthardt, Jurist, Grossrat Basel-Stadt

Olivier Peter, avocat, Genève

Leila Batou, avocat, Genève

Miriam Gantner, Juristin, Basel

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Prof. Guy Goodwin-Gill, Emeritus Fellow, All Souls College, University of Oxford

Prof. Sir Geoffrey Bindman QC, barrister; University College London and London South Bank University

Prof. Conor Gearty, London School of Economics

Prof. Iain Scobbie, University of Manchester

Prof. William Schabas, Middlesex University, London

Prof. Bill Bowring, Birkbeck University of London

Prof. Rachel Murray, University of Bristol

Prof. Robert Wintemute, King's College London

Prof. Kevin Jon Heller, SOAS University of London

Prof. Penny Green, Queen Mary University of London

Prof. Sol Picciotto, Lancaster University

Prof. Oren Ben-Dor, University of Southampton

Prof. Wade Mansell, University of Kent

Michael Mansfield QC, barrister, London

Kirsty Brimelow QC, barrister, London

Paul Ridge, barrister, London

David Renton, barrister, London

Daniel Machover, lawyer, London

Dr. Ntina Tzouvava, University of Durham

Dr. Gleider I. Hernández, University of Durham

Dr. Ralph Wilde, University College London

Dr Vanja Hamzić, SOAS University of London

Dr. Christine Schwoebel-Patel, University of Liverpool

Dr. Mazen Masri, City, University London

Dr. Michael Kearney, University of Sussex

Dr. Brenna Bhandar, SOAS University of London

Dr. Isra Black, University of York

Dr. Nadine El-Enany, Birkbeck University of London

Dr. Gina Heathcote, SOAS University of London

Dr. Edel Hughes, University of East London

Dr. Ioannis Kalpouzos, City, University of London

Dr. Sarah Keenan, Birkbeck University of London

Dr. Vidya Kumar, University of Leicester

Dr. Thomas MacManus, Queen Mary University of London

Dr. Paul O'Connell, SOAS University of London

Dr. Graham Smith, University of Manchester

Dr. Nimer Sultany, SOAS University of London

Dr. Michelle Burgis-Kasthala, University of Edinburgh, Scotland

Dr. Charlotte Peevers, University of Glasgow

Dr. Mohsen Al-Attar, Queen's University Belfast

IRELAND

Dr. John Reynolds, National University of Ireland, Maynooth

NIEDERLANDE

Prof. John Dugard, University of Leiden

Prof. Paul de Waart, Emeritus VU University Amsterdam

Prof. Liesbeth Zegveld, University of Amsterdam; lawyer

Prof. Karin Arts, ISS of Erasmus University Rotterdam

Dr. Jeff Handmaker, ISS of Erasmus University Rotterdam

Dr. Joseph Powderly, Assistant-Professor, University of Leiden

Dr. Marloes van Noorloos, Tilburg University

Dr. Michiel Bot, Tilburg University

BELGIEN

Prof. Eric David, Université Libre de Bruxelles

Prof. Jean Salmon, Université Libre de Bruxelles

Prof. Olivier Corten, Université Libre de Bruxelles

Prof. Francois Dubuisson, Université Libre de Bruxelles

Prof. Pierre Klein, Université Libre de Bruxelles

Prof. Jaques Englebert, Université Libre de Bruxelles

Prof. Anne Lagerwall, Université Libre de Bruxelles

Prof. François Ost, Université Saint-Louis, Bruxelles

Prof. dr. emeritus Dirk Voorhoof, Ghent University; European Centre for Press and Media Freedom

Prof. Dr. Eva Brems, Human Rights Center, Ghent University

Alexis Deswaef, avocat au barreau de Bruxelles; président de la Ligue des Droits de l'Homme (Belgique)

Véronique van der Plancke, advocate au barreau de Bruxelles; Université de Louvain

LUXEMBURG

Dr. Parvathi Menon, Max Planck Institute Luxembourg for Procedural Law

FRANKREICH

Prof. Jean Matringe, Université de Paris I Panthéon Sorbonne

Prof. Xavier Dupré de Boulois, Université de Paris I Panthéon Sorbonne

Prof. Catherine Kessedjian, Université de Paris II Panthéon Assas

Prof. Thomas Perroud, Université de Paris II Panthéon Assas

Prof. Gilles Guglielmi, Université de Paris II Panthéon Assas

Prof. Stéphanie Dijoux, Université de Paris Ouest Nanterre La Défense

Prof. Franck Latty, Université Paris Ouest Nanterre La Défense

Prof. émérite Gérard de la Pradelle, Université de Paris Ouest Nanterre La Défense

Prof. émérite Alain Pellet, Université de Paris Ouest Nanterre La Défense

Prof. émérite Monique Chemillier-Gendreau, Université Paris Diderot

Prof. émérite Robert Charvin, Université de Nice Sophia Antipolis

Prof. émérite, Paul Alliez, Université de Montpellier I

Prof. émérite, Gérard Blanc, Université d'Aix-Marseille

Prof. Delphine Costa, Université d'Aix-Marseille

Prof. Marie-Pierre Lanfranchi, Université d'Aix-Marseille

Prof. Elise Carpentier, Université d'Aix-Marseille

Prof. Josiane Auvret-Finck, Université de Nice Sophia Antipolis

Prof. Philippe Lagrange, Université de Poitiers

Prof. Arnaud de Nanteuil, Université du Maine

Prof. Alina Miron, Université d'Angers

Prof. Diane Roman, Université François Rabelais Tours

Prof. Marie-Laure Basilien-Gainche, Université Jean Moulin Lyon III

Prof. émérite Armel Kerrest, Université de Bretagne Occidentale

Prof. Xavier Souvignet, Université de Grenoble Alpes

Prof. Thierry Garcia, Université Grenoble Alpes

Prof. Romain Tinière, Université Grenoble Alpes

Prof. Aurélien Antoine, Université Jean Monnet - Saint-Etienne

Prof. Jacques Larrieu, Université de Toulouse I Capitole

Prof. Sébastien Platon, Université de Bordeaux

Prof. François Quastana, Université de Lille II

Prof. Emmanuelle Tourme Jouannet, Institut d'études politiques de Paris

Prof. Vincent Dubois, Institut d'études politiques de Strasbourg

Prof. Laurent Sermet, Institut d'études politiques d'Aix-en-Provence

Prof. Pascal Jan, Institut d'études politiques de Bordeaux

Prof. Dominique Darbon, Institut d'études politiques de Bordeaux

Prof. Cécile Rapoport, Université de Rennes 1

Prof. Mouloud Boumghar, Université de Picardie Jules Verne

Prof. Carlos Miguel Herrera, Université de Cergy-Pontoise

Marine Eudes, Maître de conférences, Université de Paris Ouest Nanterre La Défense

Christophe Voilliot, Maître de conférences, Université de Paris Ouest Nanterre La Défense

Marc Touillier, Maître de conférences, Université Paris Ouest Nanterre La Défense

Ismael Omarjee, Maître de conférences, Université de Paris-Ouest Nanterre La Défense

Nicolas Gabayet, Maître de conférences, Université Paris Est Créteil

Lucie Sponchiado, Maître de conférences, Université Paris Est-Créteil

Véronique Mikalef-Toudic, Maître de conférences, Université de Caen Normandie

Magalie Flores-Lonjou, Maître de conférences, Université de La Rochelle

François-Xavier Morisset, Maître de conférences à l'Université de La Rochelle

Malik Boumediene, Maître de conférences, Université de Toulouse II Le Mirail

Lucien Maurin, Maître de conférences, Université d'Aix-Marseille

Bastien Brignon, Maître de conférences, Université d'Aix-Marseille

Pascal Richard, Maître de conférences, Université du Sud Toulon Var

Anouche Beaudouin, Maître de conférences, Université de Nice Sophia Antipolis

Philippe Enclos, Maître de conférences, Université de Lille II

Alexandre Barège, Maître de conférences, Université de Lille II

Rhita Boust, Maître de conférences, Université de Lille II

Patrice Le Maigat, Maître de conférences, Université de Rennes I

Romain Loir, Maître de conférences, Université de La Réunion

Aurélien Siri, Maître de conférences, Centre universitaire de Mayotte

Jean-Christophe Lapouble, Maître de conférences, Institut d'études politiques de Bordeaux

Alexandre Zabalza, Maître de conférences, Université de Bordeaux

Philippe Icard, Maître de conférences, Université de Bourgogne

Christine Bertrand, Maître de conférences, Université d'Auvergne

Caroline Lantero, Maître de conférences, Université d'Auvergne

Anne-Sophie Denolle, Maître de conférences, Université de Nîmes

Rodolphe Bigot, maître de conférences, Université de Picardie Jules Verne

François Henot, Maître de conférences, Université de Picardie Jules Verne

ÖSTERREICH

Prof. Franz Leidenmühler, University of Linz

DEUTSCHLAND

Prof. Norman Paech, Emeritus, University of Hamburg

ITALIEN

Livio Pepino, già magistrato, consigliere della Corte di Cassazione e membro del Consiglio Superiore della

Magistratura, Torino

Prof. Gustavo Gozzi, Università di Bologna

Fabio Marcelli, Istituto Studi Giuridici Internazionali - Consiglio Nazionale delle Ricerche

Prof. Marco Balboni, Università di Bologna

Prof. Silvia Buzzelli, Università di Milano-Bicocca

Prof. Chantal Meloni, Università degli Studi di Milano

Prof. Luca Masera, Università degli Studi di Brescia

Prof. Marco Pertile, Università di Trento

Prof. Carlo Sotis, Università della Tuscia

Dr. Francesca De Vittor, Università Cattolica del Sacro Cuore, Milano

Gilberto Pagani, avvocato, Milano

Fausto Gianelli, avvocato, Modena

Dario Rossi, avvocato, Genova

PORTUGAL

Dr. Tor Krever, London School of Economics; Centre for Social Studies, University of Coimbra

SPANIEN

Prof. David Bondia García, University of Barcelona; president, Human Rights Institute of Catalonia

Justice José Antonio Martín Pallín, former judge, Supreme Court

Justice Juan Pedro Illanez Suárez, Palma de Mallorca

Prof. Nicolás Navarro Batista, Gran Canaria

Prof. Itziar Ruiz-Gimenez Arrieta, Madrid

Prof. Rosario Gonzalez Arias, lawyer, Oviedo; Autonomous University of Querétaro, Mexico

Antonio Segura Hernández, lawyer, Madrid

Carmelo Faleh-Pérez, Spanish Association for International Law and Human Rights (AEDIDH)

Jacinto José Gil Ugena, lawyer, Madrid

Francisco García Cediell, lawyer, Madrid

César Pinto Cañón, lawyer, Madrid

Enrique Santiago Romero, lawyer, Madrid

Nadia Chliha ben Mohito, lawyer, Madrid
Diego Catriel Herchhoren, lawyer, Madrid
Tarek Khalaf Alonso, lawyer, Madrid
Redouan Zidi Tassakourt, lawyer, Madrid
Hana Cheikh Ali, lawyer, Madrid
Amira Cheikh Ali, lawyer, Madrid

María Soledad García Bau, lawyer, Madrid

José Ricardo Gayol García, lawyer, Madrid

Andrés García, lawyer

Montserrat Vinyest i Pagès, lawyer, Girona

Benet Salellas i Vilar, lawyer, Girona

Ana Maria Fernandez Llamazares, lawyer, Barcelona

Ana Osa Farré, lawyer, Barcelona

Concepción Trabado Álvarez, lawyer, Fabero (León)

Juan M. Prieto Santos, lawyer, Gijón-Xixón
María Xulia Fernández Suárez, lawyer, Gijón-Xixón
Joan Tamayo, lawyer, Terrassa
Pilar Mateo Lisa, lawyer, Terrassa

NORWEGEN

Prof. Peter Ørebech, Arctic University of Norway, Tromsø

Justice Ketil Lund, Supreme Court (1990 – 2009); chair, International Commission of Jurists- Norway

Harald Stabell, barrister, Oslo

Kjell Brygfjeld, lawyer, Stavanger

Geir Høin, lawyer, Oslo

Bent Endresen, lawyer, Stavanger

Pål Hadler, lawyer, Stavanger

SCHWEDEN

Prof. Pål Wrange, Stockholm University; Stockholm Center for International Law and Justice

Dr. Markus Gunneflo, Lund University

FINNLAND

Prof. Emeritus Lauri Hannikainen, University of Helsinki

Prof. Jarna Petman, University of Helsinki; Erik Castrén Institute of International Law and Human Rights